

«Ich hätte mehr Begeisterung erwartet»

Wahlen Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger erklärt, weshalb die Spitalfusion auch im Interesse der Stadt ist

VON HANS-MARTIN JERMANN

Lukas Engelberger, Sie haben als Ort fürs Interview das Universitätsspital ausgesucht. Eine naheliegende Wahl.
Lukas Engelberger: Das Universitätsspital (USB) hat für die Gesundheitsversorgung der Region Basel eine zentrale Bedeutung. Zudem will das USB gemeinsam mit dem Kantonsspital Baselland eine Spitalgruppe gründen. Das Unispital steht für mich deshalb auch stellvertretend für die Zusammenarbeit von Basel-Stadt und Baselland in der Gesundheitspolitik.

Wir fühlen uns durch Ihre Wahl und Ihre Worte bestätigt: Sie sind ein strategisch denkender Kopf, aber auch etwas technokratisch und trocken.

Journalisten sind gut darin, den Regierungsräten Etiketten anzuhängen. Ich versuche, die Sache in den Vordergrund zu stellen. Persönlich denke ich nicht, dass ich deswegen ein Technokrat bin. Aber einige meiner Charaktereigenschaften und Fähigkeiten kommen öffentlich halt nicht so zum Tragen.

Welche denn?

Ich wollte als Jugendlicher Pianist werden und habe jahrelang viel geübt. Ein Pianist muss sein Publikum unterhalten können und über ein gewisses Showtalent verfügen. Die Musik, generell Kultur in all seinen Facetten, war und ist sehr wichtig für mich. Ich setze mich auch heute noch ans Klavier, wenn es die Zeit erlaubt.

Bereuen Sie, dass Sie nicht den künstlerischen Weg eingeschlagen haben?

Nein. Ich merkte bald, dass ich wohl ein besserer Jurist als Musiker werde. Ich bin überzeugt, dass ich den richtigen Weg eingeschlagen habe und trauere nichts nach.

Sie hatten bisher nur wenige Gelegenheiten, mit Geschäften zu glänzen. Ihr Departement ist klein. Ein Dossier - die Spitalgruppe - steht im Vordergrund.

In diesem Dossier haben wir gemeinsam mit dem Kanton Baselland vor gut drei Wochen mit der Präsentation der gemeinsamen Spitalplanung und weiteren Details zu den Spitalgruppen-Plänen einen Meilenstein erreicht. Daran lasse ich mich messen. Allerdings ist das Gesundheitsdepartement mit seinen vielseitigen Themen darüber hinaus spannend und anspruchsvoll.

Sind Sie nicht neidisch auf jene Regierungskollegen, die sich mit publikumsnahen Geschäften profilieren können?

Nein, Gesundheit ist ein existenzielles Thema, mit dem früher oder später alle in Berührung kommen. Ich fühle mich sehr wohl am Ort, an dem ich jetzt bin und verspüre - falls Sie das fragen wollten - keinerlei Lust auf einen Departementswechsel.

Reden wir über die Spitalgruppe. Seit der Präsentation vor drei Wochen ist ausgiebig darüber diskutiert worden. Hat Sie irgendetwas überrascht?

Die öffentliche Wahrnehmung ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit in der Projektgruppe. Wir wussten, dass die Wahl der Rechtsform Diskussionen auslösen wird; ebenso, dass es wegen der Verteilung der Stimmrechte zwischen Basel-Stadt und Baselland eine Partnerschaftsdebatte gibt. Mich persönlich hat etwas gleichwohl überrascht: Ich hätte in der Stadt etwas mehr Begeisterung erwartet und erhofft.

Wie meinen Sie das?

Aus meiner Sicht liegen die Vorteile der Spitalgruppe auch aus städtischer Sicht auf der Hand. Die Stärkung des USB als Standort für die hochspezialisierte Medizin (HSM) ist für unsere Universität und Life-Sciences-Industrie von grosser Bedeutung. Uns ist es offensichtlich bisher noch nicht ganz gelungen, dies aufzuzeigen. Aufgrund der Reaktionen in der Stadt könnte man meinen, das Spitalgruppen-Projekt sei nur aus Gutmütigkeit gegenüber Baselland aufgelegt worden. Das ist nicht so. Wir haben selbst ein vitales Interesse daran.

Was ist der grösste politische Stolperstein auf dem Weg zur Spitalgruppe?



Wollte als Jugendlicher Pianist werden, nun ist er Regierungsrat: Lukas Engelberger auf dem Dach des Unispitals.

MARTIN TÖNGI



Regierungsräte an ihren Erfolgsorten

Die bz bittet die bisherigen Regierungsräte, einen Ort zu nennen, der aus ihrer Sicht symbolisch für den grössten Erfolg der letzten Legislatur steht. Der Basler Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (41) führt die bz aufs Dach des Basler Universitätsspitals (USB). Das USB steht für den CVPLer stellvertretend für die Zusammenarbeit von Basel-Stadt und Baselland in der Gesundheitspolitik.

Schon die Bruderholz-Initiative im Kanton Baselland.

Weshalb?

Würden wir durch ein Volks-Ja zur Initiative dazu verpflichtet, auf dem Bruderholz - und übrigens auch in Laufen - die Grundversorgung mit einem substanziellen stationären Bettenangebot aufrecht zu erhalten, würde dies den Businessplan für die Spitalgruppe durcheinanderbringen. Die Synergien würden zu einem grossen Teil verloren gehen. Der vorgeschlagene Umbau des Standorts Bruderholz in eine Tagesklinik für ambulante Eingriffe mit stationärer Orthopädie und Rehabilitation ermöglicht Effizienzsteigerungen und die Nutzung von Synergien.

Ist die Spitalgruppe bei einem Ja zur Bruderholz-Initiative also tot?

Soweit würde ich nicht gehen. Aber klar ist: In der vorliegenden Form könnte die Spitalgruppe dann nicht realisiert werden. Die Regierungen beider Basel und die beiden Spitäler müssten über die Bücher. Die von uns formulierten Ziele - optimierte Gesundheitsversorgung, Dämpfung der Spitalkosten und Sicherung der HSM - bleiben natürlich bestehen.

Themawechsel: SP-Ständerätin Anita Fetz nannte Sie und ihre Mitkandidaten Baschi Dürr (FDP) und Conradin

Cramer (LDP) eine «Boygroup». Hat Sie das geärgert?

Nein, ich habe darin mehr Bewunderung herausgehört (lacht). Die prägnante Ausdruckweise von Anita Fetz ist ja bekannt. Mich hat das nicht gestört.

Neben Ihren «Boygroup»-Freunden findet sich mit SVP-Mann Lorenz Nägelin auch ein Befürworter der Masseneinwanderungs-Initiative auf dem bürgerlichen Regierungsticket. Können Sie das als überzeugter Europäer mit Ihrem Gewissen vereinbaren?

Entscheidend ist das Gesamtpaket. Ich teile mit Lorenz Nägelin die bürgerliche Grundhaltung und eine gemeinsame Richtung in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen. Ich bin überzeugt, dass das Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative schlecht ist für Basel. Gleichzeitig muss ich zur Kenntnis nehmen, dass auch in unserem Kanton knapp 40 Prozent für diese Initiative gestimmt haben - das ist weit mehr als die Wählerschaft der Basler SVP, die bei etwa 15 Prozent liegt.

Bei Abstimmungen im Grossen Rat haben sich die Positionen von CVP und SVP zuletzt angeglichen. Ist im bürgerlichen Lager ein Rechtsrutsch im Gang?

Die Basler SVP ist moderater geworden, sowohl punkto Positionen als auch im Ton. Das ist in der CVP-Basis registriert worden.

Noch vor wenigen Jahren war die Unterstützung eines SVP-Regierungs- oder Ständeratskandidaten nicht mehrheitsfähig. Das hat sich geändert. Dies aber auch, weil die CVP sowohl in Basel als auch schweizweit wieder einen deutlich bürgerlichen Kurs fährt. Es hat wohl von beiden Seiten eine Angleichung stattgefunden.

Ist das eine gute Entwicklung?

Sie ist zumindest folgerichtig. Ich beobachte an der CVP-Basis und in der Bevölkerung in den letzten Jahren generell eine Verschiebung nach rechts. Diese Tendenz ist auch Ausdruck der internationalen Entwicklungen: Der islamistische Terror etwa führt zu einer Rückbesinnung auf unsere traditionellen Werte.

Das klingt nicht, als wären Sie damit hundertprozentig einverstanden. Weshalb sind Sie eigentlich bei der CVP?

Die CVP ist die Partei, die meinem Menschen- und Gesellschaftsbild am besten entspricht: Die Eigenverantwortung des Menschen ist für uns CVP-Mitglieder ein hohes Gut, das wir mit den anderen bürgerlichen Parteien teilen. Diese Eigenverantwortung geht für uns aber einher mit einer Verantwortung für andere. Diese Solidarität ist nach dem Subsidiaritätsprinzip aufgebaut. Zuerst kommt die Verantwortung in der Familie, dann jene in der Gemeinde, im Kanton und so weiter.

Meine 3 Legislaturziele Pilotprojekt für Cannabis-Abgabe

1 Die gemeinsame **Spitalplanung** mit dem Kanton Baselland und die angestrebte **Spitalgruppe** zwischen dem Universitätsspital Basel und dem Kantonsspital Baselland sind ein wichtiger Schwerpunkt in der Gesundheitspolitik. Ich habe den Anspruch, dieses Projekt in der kommenden Legislaturperiode über die Bühne zu bringen. So können wir die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung der beiden Kantone optimieren, das Kostenwachstum im Spitalbereich deutlich dämpfen und die Hochschulmedizin langfristig sichern.

2 Die meisten Menschen haben heute einen **elektronischen Zugang** zu ihren Bankkonten. Sie haben so jederzeit die Übersicht und lösen Zahlungen aus. Im Gesundheitswesen hat niemand diesen Datenüberblick, schon gar nicht der Patient. Ich finde es bedenklich, dass **Patientendossiers** und Verschreibungen immer noch per Fax von Arzt zu Ärztin übermittelt werden. Durch bessere Nutzung der digitalen Mittel muss das Gesundheitswesen besser vernetzt und effizienter werden. Deshalb möchte ich **E-Health** (elektronisches Patientendossier) rasch einführen.

3 Basel-Stadt beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit anderen Schweizer Städten und Kantonen ein Forschungsprojekt für die **regulierte Cannabisabgabe** durchzuführen. In Basel stehen Erwachsene im Fokus, die Cannabis aus medizinischen Gründen zur Selbstmedikation konsumieren. Derzeit bestehen zum Cannabiskonsum viele offene Fragen. Das Gesundheitsdepartement hat die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel mit der Ausarbeitung eines Forschungsprojektes beauftragt. In den nächsten vier Jahren werden wir die Fragen klären.